

Medienmitteilung

Zustimmung zu Bau- und Mietprojekten in der kantonsrätlichen Finanzkommission

Solothurn, 19. August 2008 – Die kantonsrätliche Finanzkommission spricht sich einstimmig für den Neubau der Fachhochschule in Olten aus. Ebenfalls einstimmig stimmt sie dem Abschluss des Mietvertrages für die Kantonspolizei Solothurn mit Standort Biberist zu.

Unter der Leitung ihrer Präsidentin, (Edith Hänggi, CVP, Meltingen) hat die kantonsrätliche Finanzkommission für den Neubau der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten einen Verpflichtungskredit von 86,7 Mio. Franken bewilligt. Nach Abzug von Beiträgen des Bundes von 19,5 Mio. und der Stadt Olten von 6,7 Mio. Franken verbleiben für den Kanton noch Nettoinvestitionen von ca. 60,5 Mio. Franken. Die FIKO begrüsst, den jährlichen Ertrag von rund 0,995 Mio. Franken, der nach Berücksichtigung aller Zahlungsströme aus der Vermietung des Neubaus an die Fachhochschule Nordwestschweiz (gemäss Staatsvertrag) resultiert. Mit diesem Neubau soll der stets wachsende Raumbedarf abgedeckt werden. Während heute rund 2'000 Personen an der Fachhochschule Olten studieren, werden sich gemäss Prognose bis ins Jahr 2013, in dem der Neubau voraussichtlich bezogen werden kann, 2'700 Studierende an der Fachhochschule aus- und weiterbilden. Die Kommission ist überzeugt, dass das Projekt grosse regionale Standortvorteile schafft und für Olten auch einen städtebaulichen Gewinn bedeutet.

Ebenfalls hat die Finanzkommission den Mietvertrag für die Kantonspolizei Solothurn am Standort Biberist gutgeheissen. Das Geschäft war zur Abklärung von Finanzierungsfragen an das Hochbauamt zurückgewiesen worden und wird nun in der ursprünglichen Fassung genehmigt. Nach Berücksichtigung aller Faktoren ist der Mieterausbau und die Finanzierung durch die SoBA die günstigste Variante.

Die FIKO stimmte mit 7:2 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Anpassung des Sozialgesetzes an das Bundesgesetz über die Familienzulagen zu. Die Harmonisierung der Familienzulagen zwischen den Kantonen mit einheitlichen Minimumkinderzulagen von 200 Franken blieb unbestritten. Jedoch wurde der Lastenausgleich zwischen den Familienausgleichskassen unseres Kantons sehr in Frage gestellt. Ziel des Lastenausgleiches ist es, Familienausgleichskassen in Branchen mit niedrigem Lohnniveau oder mit Arbeitnehmenden, die viele Kinder haben, zu entlasten. Da die Verwaltungskosten der Kassen beim Lastenausgleich nicht einberechnet werden, wird auch der Wettbewerb weiterhin spielen.

Im Weiteren liess sich die FIKO über die Anlagestrategie und den Geschäftsverlauf bei der Kantonalen Pensionskasse Solothurn informieren. Trotz schwierigem Umfeld und sinkendem Deckungsgrad bei der Kasse kann man das Ergebnis im Vergleich zur langfristigen Ausrichtung als ‚vorsichtig‘ positiv bewerten.